

"Die Zeit für Gerechtigkeit ist gekommen – weit über Parteigrenzen hinaus"

Die Sozialdemokratie muss sich mit aller Kraft den Konservativen, Neoliberalen und den Banken- und Spekulanten-Lobbys entgegenstellen, fordert der SPÖ-Vorsitzende Bundeskanzler Werner Faymann.

Bundeskanzler und SPÖ-Parteivorsitzender Werner Faymann forderte im Zuge seiner Rede beim 41. Ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ einmal mehr eine neue Finanzmarktarchitektur. Der Mensch müsse wieder "in den Mittelpunkt der Gesellschaft" rücken

Die Sozialdemokratie ist die Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

"Unsere Stärke ist die Stärke der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und Konsumentenschutz-Organisationen. Dieses Bündnis muss stark sein", weil die Sozialdemokratie "die Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" sei, so der Kanzler. Die Sozialdemokratie muss die Kraft aufbringen, die "Chancengleichheit zu stärken", "soziale Missstände zu beseitigen" und "gerecht zu verteilen".

Die Zeit für Gerechtigkeit ist gekommen – weit über Parteigrenzen hinaus"

„Wenn jemand wie ein Josef Ackermann meint, jetzt sei der falsche Zeitpunkt für Bankenabgaben und diese sollen zu einem späteren Zeitpunkt kommen, kann man nur, in Anbetracht der Gewinne der Banken, sagen: Es ist die richtige Zeit, es ist höchste Zeit, die von uns geforderten Maßnahmen sind umzusetzen“, machte Bundeskanzler Werner Faymann klar. Nach der Krise sind viele Banken und viele Bereiche der Finanzmärkte noch stärker, weil sie globale Regelwerke verhindern“, so der Bundeskanzler. Entscheidend ist daher die Qualität der Maßnahmen, für die sich die SPÖ einsetzt.

Bildung ist wesentlich für Zukunft unseres Landes

Auch den Bildungsbereich hob der Bundeskanzler besonders hervor: „Wir stehen in einer Phase, wo in Europa einige unter dem Titel ‚Sparen‘ den Rasenmäher in Betrieb nehmen und ‚drüberfahren‘ und dabei auch Bildung und andere wichtige Schlüsselressorts mitmähen. Die Zukunft unserer Kinder und Menschen im Land wird stark im Klassenzimmer entschieden, Bildungsministerin Claudia Schmied weiß das und kämpft für die gemeinsame Schule“, so Faymann. Es würden sich auch immer mehr Stimmen zu Wort melden, die nicht mit Prölls Einzelmeinung einverstanden sind, dass es keine Neue Mittelschule und keine ganztägigen Schulangebote braucht.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Beim Frauenbild darf nicht auf die alten Rezepte gesetzt werden, wonach Frauen sich um den Haushalt, die Kinder und etwaige Pflegefälle in der Familie zu kümmern haben. Daher braucht es ganztägige Kinderbetreuungsplätze und hochwertige Pflegeplätze in ganz Österreich. „Wir brauchen diese Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Zukunft unseres Landes.“

Keine Wiedereinführung der Studiengebühren

Eine klare Absage gab es zu einer etwaigen Wiedereinführung der Studiengebühren: „Die Schlauberger, die die Einführung der Studiengebühren vorbereiten, werden uns kennenlernen - Studiengebühren werden keine eingeführt!“ Faymann betonte, dass das darin begründet ist, weil nicht mehr Kinder aus Arbeiterfamilien Höhere Schulen besucht haben, sondern weniger. „Wer die Chancen der nächsten Generation fördern will, muss beim Kind schon vor der Schule beginnen, muss in der Schule die Chancen optimal fördern und auch bei der Universitätsausbildung für Gerechtigkeit sorgen.“

Arme und Mittelschicht haben die Krise nicht verursacht

"Ich kenne schon ein paar – auch in Österreich – die könnten den Gürtel enger schnallen", so der Kanzler weiter, "aber nicht die Alleinerzieherinnen, nicht die Armen und nicht die Mittelschicht – die haben die Krise auch nicht verursacht!" Eine Lanze brach Faymann auch für Menschen mit Migrationshintergrund, die in vielen Bereichen, etwa am Bau oder als Krankenschwestern arbeiten – auch sie hätten die Krise nicht verursacht. „Daher sind sie nicht die Sündenböcke und auch nicht die Schuldigen.“ Darauf folgte lauter Applaus.